

## Interview Till Förster mit dem SonntagsBlick vom 10.04.2022

Dominik Mate (Sonntagsblick): Die Proteste im Maghreb und Nahen Osten, welche zum Arabischen Frühling geführt haben, wurden unter anderem durch eine Explosion der Getreidepreise ausgelöst. Droht nun ein ähnliches Szenario, da der Krieg in der Ukraine zu einem massiven Preisanstieg geführt hat?

Till Förster (Ethnologisches Seminar): Die Getreidepreise steigen seit Mitte 2020 rasant an. Dieser Anstieg ist vor allem Extremwetterereignissen und Dürren in wichtigen Erzeugerländern geschuldet, also den Folgen des Klimawandels zuzuschreiben. Der Krieg in der Ukraine wird diese Entwicklung noch zuspitzen, bleibt aber nur ein Faktor unter vielen. Brotrevolten haben in der Regel mehrere Ursachen, von denen die Inflation nur eine ist. Schlechte Regierungsführung und Korruption sind oft gleichwertige Faktoren. Anders ausgedrückt: Wenn die Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass Herrschende aufgrund ihrer Privilegien nicht von solchen Krisen betroffen sind oder davon durch Korruption sogar noch profitieren, sind Brotrevolten deutlich wahrscheinlicher. Regime mit Legitimationsproblemen, wie etwa die Autokratien des Nahen Ostens und Nordafrikas, müssen mit grösserer Wahrscheinlichkeit mit Massenprotesten und Revolten rechnen als andere Länder (Tunesien war bislang eine Ausnahme, hat nun aber leider einen ähnlichen Weg eingeschlagen). Diese Erhebungen haben immer auch eine stark politische Dimension und sind nicht allein auf den Preisanstieg zurückzuführen.

DM: Haben sich die betroffenen Regionen Ihrer Meinung nach in den vergangenen zehn Jahren merklich stabilisiert, oder können Verteuerungen von Lebensmitteln und Treibstoffen immer noch soziale Unruhen auslösen?

TF: Proteste gegen schlechte Regierungsführung und politische Regime mit einer schwachen Legitimation, die eine sich selbst bereichernde Elite hervorbringen, sind möglich. Diese Bewegungen lassen sich selten als bloße soziale Unruhen beschreiben. Nach dem arabischen Frühling leiden viele Länder der Region immer noch (z.B. Syrien) oder wieder (z.B. Ägypten) unter autokratischen Regimen, die nur eine sehr geringe Legitimationsbasis haben. Insofern sind die Bedingungen heute ähnlich wie 2011/12. Ein Unterschied ist jedoch, dass heute die Machthaber auf solche politischen Bewegungen besser vorbereitet sein werden da die Ereignisse von 2011/12 ihnen noch vor Augen stehen. Das kann zu einer Friedhofsruhe führen, die von allgegenwärtigen Geheimdiensten und der Polizei garantiert wird. Das als «Stabilisierung» zu beschreiben, wäre jedoch eine Beschönigung.

DM: Gibt es in Afrika und dem Nahen Osten in der Bevölkerung überhaupt noch das Potenzial, eine massive Protestbewegung auf die Beine zu stellen, die zu einem Sturz der Regierung führen könnte?

Die Situation in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens ist schon geschildert. In den Ländern südlich der Sahara und in Nordostafrika ist die Lage schwieriger. Potentiell können viele Länder dieser Region von Rebellionen oder sozialen Bewegungen gegen die politischen Eliten betroffen sein und sind es auch in der jüngeren Vergangenheit gewesen. Die Gründe sind allerdings vielfältig. Es können, wie in Äthiopien oder Kamerun, bürgerkriegsähnliche Erhebungen sein, die sich aus tatsächlicher oder unter Umständen

auch nur empfundener Diskriminierung von Landesteilen oder Provinzen speisen. Andere Bewegungen sind ethnisch und religiös motiviert oder bedienen sich solcher Argumentationsmuster. Dabei spielt die Vorstellung eines Reformislam, der einer gedachten, moralisch verwerflichen Entstellung des Glaubens durch die Moderne und den Westen entgegenwirken will, in vielen Ländern des Sahel eine grosse Rolle. Dabei wird «der Westen» oft auf ein Gegenbild der rechtgläubigen Muslime reduziert. Anders als bei vielen Brotrevolten sind solche Erhebungen oft mit separatistischen Zielen verknüpft.

DM: Welche Länder werden in den nächsten Monaten vermutlich am meisten unter den hohen Getreidepreisen leiden?

Die grössten Probleme sind sicher in Nordostafrika zu erwarten, d.h. von Ägypten über den Sudan, Äthiopien, Eritrea, Somalia (inkl. Somaliland) und Kenya. In allen diesen Ländern haben die steigenden Getreidepreise international schon länger auf die lokalen Märkte durchgeschlagen. Wichtig ist hier, dass der rasante Anstieg der Getreidepreise schon Mitte 2020 begonnen hat. 2020 und 2021 waren die Folgen des Klimawandels der wichtigste Grund für den Anstieg, vor allem extreme Wetterereignisse in manchen Erzeugerländern und Missernten in der Folge. Dieser schon vorhandene Anstieg wurde dann durch den Ukraine-Krieg noch einmal beschleunigt.

Existentiell bedrohlich ist der rasante Anstieg der Getreidepreise vor allem für die ärmere Hälfte der Bevölkerung, die ohnehin schon den grössten Teil des Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen. Wenn dann noch die Preise für die auf Mehl aufbauende Grundnahrungsmittel, z.B. Fladenbrot in Ägypten, steigen, dann bedeutet das schlicht Hunger für die Betroffenen. Ob es dadurch zu den Brotrevolten kommt, die in der Geschichte vor allem Nordafrikas schon wiederholt eine grosse Rolle gespielt haben, ist nicht ausgeschlossen.

Es gibt von Land zu Land grosse Unterschiede. Denn ein anderer, heute oft wichtigerer Grund ist die steigende Unsicherheit, etwa durch veralltäglichte Gewalt. Äthiopien hat einige Gegenden, in denen Gewalt der wichtigste Grund ist, dass Menschen fliehen - wenn sie überhaupt noch die Kraft dazu haben. Auch in Eritrea ist der totalitäre Staat sicher noch wichtiger für die Migration als der Hunger. Dieses Regime ist menschenverachtend, und ob die Bevölkerung hungert, scheint den Herrschenden schlicht egal zu sein. Äthiopien und Eritrea sind also nicht direkt mit anderen Ländern der Region gleichzustellen. Kurz: Aus diesen beiden Ländern fliehen die Menschen nicht so sehr wegen des Hungers, sondern viel mehr, weil dort zu bleiben auch so schon lebensgefährlich sein kann. (So, wie die Menschen nicht aus der Ukraine fliehen, weil dort die Ernährung nicht mehr gesichert ist - sondern, weil es in vielen Regionen schlicht lebensgefährlich ist. Und so ist es auch in Eritrea und den nördlichen Teilen Äthopiens, wenngleich Gewalt aus anderen Gründen ausgeübt wird.) Kenya und Somaliland (das sich als unabhängig von Somalia sieht und es de facto auch ist, aber international nicht anerkannt wird) leiden nicht unter der veralltäglichten Gewalt. Hier lassen sich die Folgen der für die dortigen Menschen nicht mehr zu bewältigenden Preissteigerungen bei Getreide und Grundnahrungsmitteln mit wenig weiteren Faktoren sehen. Somalia ist als gescheiterter Staat kaum in der Lage, die grundlegendsten Verwaltungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Auch ist das Wissen über die eigene Bevölkerung lückenhaft, was dazu führt, dass man vom Hunger der Menschen auch nicht so viel erfährt wie zum Beispiel aus Ägypten.

All das ist schon schlimm genug. Wenn man es auf den Punkt bringen will, könnte man sagen, dass eine ohnehin schon krisenhafte Situation durch die explodierenden Getreidepreise seit dem Sommer 2020 sich noch einmal erheblich zugespitzt hat. Was jetzt kommt, wird für immer mehr Menschen Hunger bedeuten.

DM: Angenommen der Krieg in der Ukraine wird noch lange andauern und die Ernte im nächsten Jahr würde praktisch komplett ausfallen. Ein weiterer massiver Preisanstieg für Getreide erscheint somit wahrscheinlich. Könnte ein solches Szenario schlussendlich zu einer Flüchtlingsbewegung wie im Jahr 2015 führen?

TF: Soweit man derzeit absehen kann, wird erwartet, dass die Ernte in der Ukraine dieses Jahr zu etwa 20% tiefer liegen wird als in den Vorjahren. Allerdings scheint auch der Getreideexport Russlands deutlich unter dem Niveau des Vorjahres zu liegen. Der Krieg erzeugt auf allen Seiten Verlierer. Ein weiterer Anstieg des Getreidepreises in Afrika und anderen Teilen des globalen Südens ist mithin zu erwarten, allerdings sind Schätzungen über seine Höhe mit grossen Unsicherheiten behaftet. Es wird nicht nur von der Dauer und dem Verlauf des Krieges in der Ukraine abhängen, wie hoch der Preisanstieg ausfallen wird, sondern auch davon, ob die Folgen des Klimawandels sich erneut so stark auswirken wie in den Jahren 2020 und 2021. Sollten beide Faktoren zusammenkommen, könnte sich die Lage in armen Ländern dramatisch zuspitzen. Allerdings ist weniger damit zu rechnen, dass diese Zuspitzung zu stark steigenden Zahlen in der internationalen Süd-Nord Migration führt. Am stärksten wird die ärmste Schicht der Bevölkerung betroffen sein, die sich die extrem teure und höchstriskante Migration in den Globalen Norden nicht leisten kann. Diesfalls kann es eine starke Binnenmigration geben, die immer schon um ein Vielfaches die nach Europa übertroffen hat. Die Mittelschicht wird starke Kaufkraftverluste erleiden oder partiell auch verarmen, aber tatsächlich hungern werden die Armen. Sie sind im Falle allgemeiner Hungerkrisen auf direkte humanitäre Hilfe angewiesen.